

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1919**

64 (3.6.1919)

**Erscheint**  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

**Bezugspreis:**  
Durch die Post bezogen  
monatlich 62 Pfennig  
am Postschalter abgeholt,  
durch den Briefträger und  
unserer Aussträger  
frei ins Haus gebracht  
monatlich 70 Pf. Bis.  
Der Bezugspreis ist im Vor-  
aus zu entrichten.  
Einzelnnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28-5 Uhr,  
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluss Nr. 11.

# Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gegründet  
1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

**Anzeigen**  
kosten im Anzeigenteil die  
Zeile (42 mm breit)  
25 Pfg., bei Platzvorschrift  
30 Pfg., im täglichen Teil  
(87 mm breit) 60 Pfg., an  
erster Stelle 70 Pfg. Bei  
Wiederholung tarifrechter  
Rabatt, der bei Nichtein-  
haltung des Zieles, bei gericht-  
lichen Vertreibungen und bei  
Konkursen außer Kraft tritt.  
Erfüllungsort Sinsheim.

Schluss-Anzeigenannahme  
8 Uhr vorm., umfangreichere  
Anzeigen wollen Tags zuvor  
aufgegeben werden.

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 64.

Dienstag, den 3. Juni 1919.

80. Jahrgang

## Der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge.

Bedeutende Zugeständnisse an Deutschland? Der Frieden mit Oesterreich. Die italienische Bewegung gegen den Friedensvertrag. Die Loslösbereitschaft im Rheinland. Wiederaufleben der Streikbewegung. Die bolschewistische Herrschaft in Ungarn geht ihrem Ende entgegen. Petersburg von den Bolschewisten geräumt.

### Die Verhandlungen in Versailles.

Unsere Gegenvorschläge.

Berlin, 30. Mai. Die Regierungshäupter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens trafen gestern vormittag und nachmittag zusammen, um, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet, die deutschen Gegenvorschläge zu prüfen, soweit sie übersehbare sind. — Unabhängig der deutschen Gegenvorschläge soll noch eine Antwort auf Clemenceaus Erwiderung wegen der Kriegsgefangenen übergeben werden. Die deutsche Antwort ist in würdevollem und festem Ton gehalten und nimmt zu allen von Clemenceau betonten Hauptpunkten eine deutliche und klare Stellung.

### Unter der Überschrift „Paragraftierte-Selbstentmanung“

bemerkt hierzu die „S. 3.“:  
Mit wachsendem Mißbehagen liest man die deutschen Gegenvorschläge. Ohne weiteres kann zugegeben werden, daß die Note dort, wo sie ablehnt, dies in fester Form tut. Aber warum will man es in durchaus rein deutschen Gegenden wie West- und Ostpreußen überhaupt auf Abstimmungen ankommen lassen? Warum ist kein Wort über Posen gesagt? Will man Posen ohne weiteres opfern? Auch das fonderbare Angebot, unserer eigenen Kolonien als Mandatar des Völkerbundes zu verwalten, dem wir vielleicht gar nicht angehören dürfen, ist für uns einfach unakzeptabel. Lautestem Widerspruch verlangen aber die Vorschläge über die Herabsetzung unseres Heeres auf 100 000 Mann und die Zahlung der 100 Milliarden in Goldmark. Es ist uns im Augenblick überhaupt nicht vorstellbar, wie wir diese Summe einschließlich der Lasten im Innern und des eigenen Schuldendienstes (Kriegsanleihen!) aufbringen sollen. Durch die ganzen Gegenvorschläge zieht sich wie ein roter Faden eine Art Schuld bekennung. Wir haben es endlich fassbar, immer als die Unrechtmacher hingestellt zu werden. Mit dem Zugeständnis eines neutralen Gerichtshofes, vor dem auch unsere Feldherren und Staatsmänner Recht zu stehen hätten, geben wir schon die Möglichkeit zu, daß sie eine Schuld triffen. Das mißbräutet einfach der Ehre des deutschen Volkes. Sind denn die Tausende von Kundgebungen bei der Reichsregierung gänzlich wirkungslos verhallt? Nur mit großer Besorgnis sehen wir das Weitergehen auf einer Bahn, die nach unserer Ansicht zur Katastrophe führt. Wir sind deshalb genötigt, fortan in der Friedensfrage zur Regierung in die schärfste Opposition zu treten.

### Der Inhalt der deutschen Antwort.

Berlin, 30. Mai. (W.B.) In dem zweiten Teil der deutschen Denkschrift, der die Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte enthält, wird zunächst der Völkerbund besprochen.

Indem die deutsche Delegation die Grundgedanken ihres eigenen Völkerbündentwurfes aufrecht erhält, erklärt sie sich bereit, auf der Grundlage des Entente-Entwurfes zu verhandeln. Dabei wird jedoch als Voraussetzung aufgestellt, daß Deutschland sofort bei Unterzeichnung des Friedensvertrages als gleichberechtigt in den Völkerbund eintritt und insbesondere in der vollkommenen Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiete teilnimmt. Unter diesen Bedingungen stimmt die deutsche Delegation dem Entente-Entwurf vorgelegten Bedingungen über Landheer, Seemacht und Luftstreitkräfte zu. Wenn die Regierung der deutschen Republik also bereit ist, vor den anderen Mächten abzurufen, so muß sie andererseits eine Uebergangszeit hierfür verlangen, während der sie namentlich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung die nötigen Truppen behält. Die Dauer der Uebergangszeit sowie die Truppenstärke soll besonders vereinbart und gegebenenfalls vom Völkerbund festgesetzt werden. Deutschland ist ferner bereit, seine Festungen im Westen zu schließen, eine militärisch unbesetzte Zone einzurichten und nicht die von der Entente geforderten Ueberwasserfahrzeuge, sondern sämtliche Linienfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Dabei muß der Satz, daß die Abrüstung der Kontrolle des Völkerbundes untersteht, auch für Deutschland gelten. Zur Festlegung der Einzelheiten dieser Vorschläge verlangte die deutsche Delegation die Aufnahme mündlicher Verhandlungen.

### Agitation für Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge.

Versailles, 30. Mai. Die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in Frankreich und England für die Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge hat bereits heute morgen eingesetzt. Mit Ausnahme der sozialistischen Blätter ziehen die Organe der öffentlichen Meinung alle Register des Chauvinismus auf. Der „Temps“ greift von allen Fragen sofort die wichtigsten heraus und legt in seinem Leitartikel von gestern abend, überschrieben „Die Worte Friedrichs II.“ dar, daß es für die Verbündeten selbstverständlich sei, ihre territorialen Forderungen, wie sie in den Friedensbedingungen niedergelegt sind, mit Rücksicht auf die deutschen Gegenvorschläge zu erzwingen. Auf der andern Seite hat die Darlegung der Finanzlage Frankreichs durch den Finanzminister Klug die von mir vorausgesagte Wirkung gehabt. Die „Patrie“ schreibt ganz richtig: Ein Schrei über alle andern: Deutschland muß zahlen. Es hat bis jetzt noch keinen Pfennig bezahlt. Unsere Gegenvorschläge werden als letzter Rest des Papiergeldsystems bezeichnet und lächerlich gemacht. „New York Herald“ meint, die Verbündeten würden innerhalb einer Woche ihre Antwort fertig haben und Deutschland drei oder vier Tage Frist zur Entscheidung zugestehen. Der Druck des definitiven Vertrages wird nochmals vier Tage beanspruchen, so daß die Unterzeichnungsfestlichkeiten am 13. oder 14. Juni stattfinden sollen. Wahrscheinlich auf Anregung der Regierung hin

schreiben die Blätter, der deutsche Gegenvorschlag mit seinen fünfhundert Seiten sei mehr eine Manifestation als eine Verhandlungsbasis. Sein eingehendes Studium verlange mindestens drei Monate und darauf ließen die Verbündeten sich nicht ein. Wilson soll den Wunsch geäußert haben, noch vor Unterzeichnung des Vertrages mit Oesterreich nach Amerika zurückzukehren. Uebrigens kommentieren die bürgerlichen Blätter die Hoffnung gewisser deutscher Kreise auf den Sozialismus und die Internationalen. Sie geben diesen Kreisen den Rat, sich die Berufung auf solche Lächerlichkeiten zu sparen und sich lieber ins Unvermeidliche zu fügen.

### Bedeutende Zugeständnisse an Deutschland?

Paris, 31. Mai. Wie ich aus zuverlässiger, amerikanischer diplomatischer Quelle erfahre, ist die Konferenz geneigt, Deutschland bedeutende Zugeständnisse zu machen, hauptsächlich bezüglich Oberschlesiens und die unerbittliche Zulassung Deutschlands zur Liga der Nationen und anderer kleinerer Zugeständnisse.

### An die Deutschen im Osten!

Berlin, 30. Mai. (W.B.) Amtlich. Die Reichsregierung erläßt an die Deutschen im Osten folgenden Aufruf:  
Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit allem Nachdruck und Ernst für ein. Sie führen den Nachweis, daß weder Oberschlesien noch Westpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutschland losgerissen werden dürfen, und daß Ostpreußen nicht verkümmern darf durch Einschränkung eines politischen Korridors zwischen deutsche Gebietsteile. Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute den Gegnern einen Vorwand für den Einmarsch und eine gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihrem Bundesgenossen.

Deutsch im Osten! Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin! Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden! Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein! Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für das Reich und das Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist! Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft!

### Die Mantelnote.

Berlin, 30. Mai. In der gestern mittag der Friedenskonferenz der Alliierten übergebenen Mantelnote heißt es u. a.:

Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufgebauten Friedensvorschlag zu erhalten. Wir hoffen auf den Frieden des Rechts, den man uns verheißt hatte, wir waren emsig, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Entente an uns stellt. Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindringen, um so mehr überzeugen wir uns, von seiner Undurchführbarkeit. Die Forderungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes.

Die Mantelnote kommt dann auf die territorialen und wirtschaftlichen sowie sonstigen Forderungen der Ententevorschläge zu sprechen und erklärt: Es soll ein ganzes Volk seine eigene Achtung, ja sein Todesurteil unterschreiben. Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es Opfer vertragsmäßig zugestehen hat, und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist:

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen. Es gibt die allgemeine Wehrpflicht auf und verringert, von den Uebergangsbestimmungen abgesehen, sein Heer auf 100 000 Mann. Es verzichtet auf alle Schlachtschiffe, setzt aber voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen; wünscht aber dort freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen mit der Hauptstadt Posen an Polen ab.

3. Es folgen dann die weiteren deutschen Vorschläge über die Gewährung von Freiheiten in Danzig, Königsberg und Memel, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohle, die Volksabstimmungen in Schleswig, die deutschen Kolonien, die deutschen Schadenersatzzahlungen bis zum Höchstmaße von 100 Milliarden Goldmark und eine Aufzählung der wichtigsten Vorschläge, die wir zu machen haben. Wegen der weiteren großen Opfer sowie wegen der Einzelheiten wird auf beiliegende Denkschrift und ihre Anlagen verwiesen.

In der Mantelnote heißt es dann weiter: Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns gesteckte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen. Eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlicher Unterredung stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden.

Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch Notenaustausch geführt worden sind. Die Empfindung der Völker, die so ungeheure Opfer gebracht haben, verlangt, daß die Bestimmungen über ihr Geschick in offenem rückhaltlosen Gedankenaustausch erfolgen. Deutschland soll den ihm vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen.

Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu heilig, als daß es sich dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einsehen kann.

### Wenn nicht Versailles, dann Berlin!

London 30. Mai. (Reuter.) Lloyd George erklärte in einer in Amiens gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Biererrat nach Berlin begeben, müsse er jedoch eine Armee hinter sich haben.

### Die Kriegsgefangenen.

Unabhängig von den deutschen Gegenvorschlägen ist gestern in Versailles zugleich eine Antwortnote auf Clemenceaus Erwiderung über die Kriegsgefangenen überreicht worden. Die Angabe, es bestehe in Frankreich die Absicht, die Gefangenen auch nach Abschluß des Friedens noch zurückzuführen, und zum Wiederaufbau zu verwenden, ist leider zutreffend; Erhöhung von neutralen zuverlässigen Stellen haben ergeben, daß solche Pläne wirklich bestehen.

### Ueber die deutsche Gegenforderung.

Berlin, 30. Mai. Zu der Meldung, Deutschland habe eine Gegenforderung von 13 Milliarden Blockadeschaden aufgestellt, bemerkt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Die Gegenforderung dürfte sich auf die Zeit seit Abschluß des Waffenstillstandes beziehen. Da Deutschland mit der Befugung der Rheinbrückenköpfe und mit der Auslieferung der Kriegsflootte usw. kampfunfähig geworden war, habe die Blockade aufgehört, ein Kriegsmittel zu sein, sondern sei nichts anderes, als ein unzulässiger politischer Zwang zur Annahme des Diktatfriedens.

### Die Protestbewegung.

Rotterdam, 28. Mai. Der „Rotterdamse Courant“ veröffentlicht einen von vielen hervorragenden Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf, worin namens der Menschlichkeit und im europäischen Gesamtinteresse folgende Forderungen aufgestellt werden: Sofortige unterschiedslose Rücksendung aller Kriegsgefangenen und Internierten, umfangreiche und schnelle Zufuhr von Lebensmitteln, Viehfutter und Rohstoffen nach Mitteleuropa, vollkommene sofortige Wiederherstellung des freien Weltverkehrs ohne jede Beschränkung und schließlich, der kommende Friede darf in keiner Hinsicht eine Fortsetzung des Krieges bedeuten.

### Die italienische Bewegung gegen den Friedensvertrag.

W.B. Bern, 30. Mai. Die italienischen Blätter veröffentlichen bereits die deutschen Gegenvorschläge, allerdings ohne auf sie einzugehen. Nur der „Secolo“ bemerkt redaktionell, daß unter den heutigen deutschen Vertretern des Rechtsfriedens auch ehemalige Anhänger eines deutschen Gemaltes seien. Es wäre nicht ehrenhaft, wenn man dem besiegten Deutschland das Recht verweigern würde, sich auf die Grundzüge Wilsons zu berufen, die von den Siegern selbst während des Krieges als für eine aufrichtige Völkerveröhnung als unerlässlich bezeichnet worden seien. Der deutsche Entwurf, daß der Versailles Frieden teilweise ein Gewaltfrieden sei, berechtige eine Revisionsverhandlung im Interesse aller. — Wie der „Avanti“ meldet, hat die sozialistische Kammergruppe einstimmig angenommene Tagesordnung, die allen sozialistischen Fraktionen der Welt mitgeteilt werden soll, beschlossen, sich der Ratifizierung des Friedensvertrages durch das Parlament mit allen Mitteln zu widersetzen und mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß der Friedensvertrag in seiner Gesamtheit bei den nächsten Wahlen dem Urteile des Volkes unterbreitet wird.

### Der Frieden mit Oesterreich.

St. Germain, 30. Mai. Gestern nachmittag erschien der Sekretär der Friedenskonferenz, Duasta beim Staatskanzler Dr. Renner, um im Namen Clemenceaus eine Note zu überreichen, die besagt, daß auf der gestern zur Prüfung der Friedensbedingungen mit Oesterreich versammelten Konferenz verschiedene Mitglieder den Wunsch nach einem Aufschub von zwei Tagen kundgegeben hätten, die dem Studium dieses Dokumentes dienen sollen. Demgemäß werde der Vertrag den österreichischen Bevollmächtigten erst am nächsten Montag mittag überreicht werden können. Die Nachricht von diesem neuen Aufschub hat begreiflicherweise bei den Delegierten große Enttäuschung hervorgerufen und wurde lebhaft erörtert. Die Tatsache, daß Clemenceau zu ihrer Ueberreichung den Sekretär der Konferenz sandte, deutet darauf hin, daß man sich seitens der Entente dieser Wirkung wohl bemüht ist und sie durch Höflichkeit der diplomatischen Form abzuschwächen bemüht.

Berlin, 30. Mai. Wie die Post von gut unterrichteter Seite aus Wien erfahren haben will, sei in den Friedensbedingungen für Oesterreich ein Paragraph enthalten, wonach alle Reichsdeutschen in führenden und selbständigen Stellungen in kürzester Zeit auszuweisen seien.

### Der Heidenkampf gegen Deutschlands Säuglinge.

Auf Ansuchen der Universitätsklinik Freiburg war wegen der dringenden Not an Wäsche und Reinigungsmitteln und wegen der immer zahlreicher auftretenden Hautkrankheiten unter den Säuglingen in Basel eine Hilfsaktion von Menschenfreunden eingeleitet worden. Unter dem Druck der Entente ist die Ausfuhr der durch die mildtätige Sammlung aufgetragenen Gegenstände aus der Schweiz verboten worden.

### Evangelische Pfarrer zu den Friedensbedingungen.

Der Berliner Evangelische Pfarrverein hat in einem Funkspruch die Protestanten aller Länder aufgefordert, nicht zu dulden, daß das Volk der Reformation erötet werde, und außer-

dem an maßgebende Vertreter des ausländischen Protestantismus folgende schriftliche Kundgebung gerichtet:

„Der Berliner Evangel. Pfarrverein, der die Vertretung der evangelischen Pfarrer Groß-Berlins darstellt hält mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes die in der Weltgeschichte unerhörten Verbrechen, die unter dem Namen „Friedensbedingungen“ dem deutschen Volk von der Entente zugemutet werden, für unannehmbar. Die in sich widerspruchsvollen, gänzlich unerfüllbaren, jedem Christentum und aller Menschlichkeit ins Gesicht schlagenden Forderungen gehen darauf aus, das deutsche Volk in allen Ständen wirtschaftlich zu Grunde zu richten, die durch die Lebensmittelblockade bereits hart mitgenommene und geschwächte Bevölkerung völlig dem Hungertod zu überantworten und ein freies Volk fremdem Frondienst zu überliefern. Besonders scharfe Vernachlässigung legen wir dagegen ein, daß große Strecken kerndeutschen Landes, in denen deutsch-evangelischer Geist seit Jahrhunderten eine Macht ist, dem Mutterlande der Reformation entrissen werden sollen. Eine solche brutale Verkäufung eines großen Volkes das der Menschheit viel geleistet hat, muß jeden Gedanken an Völkerfrieden ersacken und den Keim zu den blutigsten Rachekriegen legen. Wir bringen der Reichsregierung und dem Volk das Vertrauen entgegen, daß sie tun werden, was die Ehre und die Selbsthaltung verlangen. Die Protestanten der fremden Länder aber fordern wir auf, jetzt zu beweisen, daß es ihnen mit dem Völkerfrieden ernst ist, und gegen die unmenschlichen und unchristlichen Forderungen ihrer Regierungen Stellung zu nehmen.“

**Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten.**

**Gegen die hochverräterischen Treiberereien.**

Berlin, 30. Mai. Die französische Presse, vor allem der Temps, hat in den letzten Tagen immer wieder damit gedroht, daß die Alliierten, im Falle der Verweigerung der Unterschrift durch die deutsche Delegation nach erfolgtem Einmarsch in Deutschland mit den süddeutschen Staaten in Verhandlungen über einen Sonderfrieden eintreten werden. Der „Temps“ macht den Eindruck, als wären die Alliierten des Erfolges einer derartigen Sonderaktion von vornherein sicher. Es hat den Anschein, daß die französischen Blätter zu dieser Zuerstgehung gelangten auf Grund von Besprechungen die unverantwortliche und zum Glück nicht maßgebende Persönlichkeiten namentlich aus Bayern in jüngerer Zeit in der Schweiz mit Vertrauensmännern der Entente gehabt haben. In diesen Besprechungen ist die Frage erörtert worden, wie sich die süddeutschen Staaten im Falle einer Verweigerung der Unterschrift durch die Reichsregierung verhalten werden und es scheint, daß diese Persönlichkeiten der Entente Hoffnungen in derselben Richtung gemacht haben wie Dr. Froberg von der Kölnischen Volkszeitung dem General Mangin in bezug auf die Rheinlande. Gegen die Gewährung wirtschaftlicher Vorteile sollten sich die süddeutschen Staaten vom Reich loslösen und neutralisieren. Die Reichsregierung hat von diesen schweizerischen Konferenzen Kenntnis erhalten und man darf wohl erwarten, daß sie in der nächst kürzesten Weise gegen diese hochverräterischen Treiberereien einschreiten wird.

**Die Loslösungsbestrebungen im Rheinland.**

Köln, 30. Mai. Auf Befehl des Generalgouverneurs soll folgende Bekanntmachung, die sich auf die amtliche Warnung der Reichsregierung betr. die Loslösung der Provinz Rheinlande vom preussischen Staatsgebiet bezieht, in allen Zeitungen des von den Briten besetzten Gebietes morgen veröffentlicht werden:

„Unter Bezugnahme auf die Bekanntgabe der deutschen Regierung, welche zur Veröffentlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsstrafgesetzbuches. Dieser Artikel wird in den von den Briten besetzten Gebieten nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Gesehs und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich tergend welche Schritte bezüglich Art. 8, 1 von Seiten der deutschen Behörde ohne weitere vorherige ausdrückliche Genehmigung des Charles Ferguson, Lieut. Gen., britischer Generalgouverneur des besetzten deutschen Gebietes.“

**Gründung einer rheinischen Republik.**

WAB. Frankfurt a. M., 1. Juni. In Wiesbaden und Mainz wurden heute Plakate angeschlagen, auf denen die Gründung einer rheinischen Republik bekannt gegeben wurde. Diese rheinische Republik soll nach dem Aufruf eine Friedensrepublik sein und das Rheinland, Rheinhessen, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld umfassen. Die vorläufige Regierung, die angebild schon besteht, hat ihren Sitz in Wiesbaden. Die Erlaubnis zu den Wahlen der verfassunggebenden Nationalversammlung soll sofort eingeholt werden. Die bisherigen Staats- und Gemeindebehörden sollen bis auf weiteres im Amte bleiben. Der Aufruf ist unterschrieben von drei Arbeitsauschüssen, nämlich dem rheinischen Arbeitsauschuss, dem pfälzischen Arbeits-

ausschuss. Es werden jedoch keine Namen genannt, jedoch die Plakate völlig anonym sind. In Koblenz und Köln wurde der Aufruf nicht verbreitet.

WAB. Höchst, a. M., 1. Juni. Gestern früh erschien hier aus Wiesbaden kommend ein Automobil, dessen Insassen angeblich im Auftrage des französischen Kommandanten von Wiesbaden, eine große Anzahl von Plakaten brachten, auf denen die gestern erfolgte Ausrufung der altnassauischen Republik in Wiesbaden, der rheinischen Republik in Koblenz, und der pfälzischen Republik in Speyer verkündet wurde. Die Plakate sollten öffentlich angeklebt werden. Da die hiesige deutschen Behörden die Nachricht bezweifelten und die Plakate weder Unterschrift noch Druckort trugen, wie dieses vorgeschrieben ist, lehnten sie die Anbringung der Plakate ab.

**Abtrennungsgedächte.**

Berlin, 31. Mai. Es werden allerhand alarmierende Nachrichten über Loslösungsbestrebungen der verschiedensten Landesteile verbreitet. Bald soll es Hannover, bald Ost- und Westpreußen, bald Bayern sein, die vom Reich sich trennen wollen. Alle diese Nachrichten wären zu verstehen, wenn sie nicht von Leuten kolportiert würden, denen daran gelegen ist, die außergewöhnliche schwere Lage des Reiches gerade im gegenwärtigen Augenblick noch stärker zu belasten. Es ist unverantwortlich, ohne Nachweis einer Tatsache detariige Loslösungsbestrebungsgerüchte in die Welt zu setzen.

Für Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten haben die letzten Besprechungen der Vertreter dieser Staaten mit der Reichsregierung aufs neue den Beweis erbracht, daß überall der feste Wille besteht, die Reichseinheit unter allen Umständen zu bewahren. Aus Ost- und Westpreußen sind gerade in den letzten Wochen zahllose Kundgebungen an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gelangt. Sie bringen das feierliche Bekenntnis zum Ausdruck, daß die gesamte Bevölkerung dieser behrohten Gebiete die Unteilbarkeit des Reiches fordern und zu stützen entschlossen ist. Die weltlichen Forderungen, die auf ein selbständiges Hannover hincielen, werden von einer großen Mehrheit abgelehnt. Die Vorkommnisse der letzten Tagen werden darum von allen einflussreichen Kreisen der hannoverschen Bevölkerung aufs tiefste bedauert.

**Die Amerikaner gegen die Rheinische Republik.**

Koblenz, 30. Mai. Die Amerikaner haben kurzerhand jede Agitation zur Ausrufung einer rheinischen Republik verboten. Die Agitatoren haben die Stadt sofort auf Befehl der amerikanischen Militärbehörde verlassen müssen. Jede weitere Agitation wird unter strenge Strafe gestellt.

**Streikende Arbeiter werden deportiert.**

Berlin, 30. Mai. Daraufhin, daß die Arbeiterschaft in einigen Werken von Venrath bei Düsseldorf, trotz des gefällten Schiedspruches des von ihr angerufenen englischen Schiedsgerichts zur Durchsetzung ihrer Forderung auf Zahlung einer Entschädigungssumme erneut in den Ausstand trat, ordnete die englische Militärbehörde die Deportation der ausständigen Arbeiter zur Arbeit in dem Wiederaufbauungsgebiet in Belgien und Frankreich an.

Eine deutsche Notefnote gegen das Verbot der Kölnischen Zeitung und der Rheinischen Zeitung.

Berlin, 31. Mai. Wie die „Pol. Parl. Nachr.“ an zständigster Stelle erfahren, erhebt eine deutsche Note Einspruch, daß die „Köln. Zeitung“ und die „Rheinische Zeitung“ in Köln wegen ihrer Stellungnahme gegen die Pläne zur Errichtung einer rheinischen Republik von der Zensurbehörde zeitweise verboten worden sind. Da die Stellungnahme dieser Zeitungen ein Eintritt für die verfassungsmäßige Ordnung bedeute, so würde das Verbot, wenn es tatsächlich aus den angegebenen Gründen erlassen worden ist, die Entseffung einer Umsturzbeuegung gegen die bestehende Ordnung bedeuten.

**Veramsammlungsverbot des Reichswehrministers Noske.**

Berlin, 31. Mai. Reichswehrminister Noske gibt bekannt, daß er öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel von jetzt ab nicht mehr zulassen werde und den Polizeipräsidenten von Berlin beauftragt habe, bei Genehmigung von Versammlungen in geschlossenen Räumen einen strengeren Maßstab anzulegen.

**Das neue bayerische Ministerium.**

Bamberg, 31. Mai. Unter der Voraussetzung daß sich der Widerstand der Bayerhöndler heben läßt, dürfte das neue bayerische Ministerium folgende Zusammensetzung haben: Aeheres u. Kultus: Hoffmann (Soz.); Inneres: Segitz (Soz.); Militär: Schneppenhorst (Soz.); Soziale Fürsorge: Endres (Soz.); Finanzen: Speck (bap. Volkspartei); Landwirtschaft: Wittmer (deutsche Volkspartei); Justiz: Dr. Müller-Meinigen (Demokr.); Handel, Gewerbe und Industrie: Hamm (Demokr.); Verkehr: von Frauenborfer (Soz.).

Die Franzosen und die deutsche Farbstoffindustrie.

Berlin, 31. Mai. Die alliierte Wirtschaftsabteilung in Ludwigs- hafem forderte, wie die deutsche Waffenstillstandskommission

in Spa mitteilt, unter Androhung von Gewaltmaßnahmen die Inbetriebsetzung der Ludwigs-hafener Farbstofffabriken. Die Wiederaufnahme der Farbstoffbetriebe in Ludwigs-hafen war bisher nicht möglich, weil Wiederinstandsetzungsarbeiten in den Fabriken vorgenommen werden mußten und die notwendigen Rohmaterialien nicht in genügender Maße vorhanden waren. Auch wie die Kontrolle der von den französischen Behörden eingesetzten Offiziere, die fast ausnahmslos Chemiker sind, bei den stillliegenden Betrieben in einer Weise ausgeübt, die bei Wiedereinbetriebnahme der Fabriken und der Weiterführung der französischen Kontrolle, dies mit einer Auslieferung aller Geheimverfahren der deutschen Farbstoffindustrie gleichbedeutend wäre. Da auf der Geheimhaltung dieser Verfahren die deutsche Farbstoffindustrie hierdurch Selbstmord begehen. Die bisherige Kontrolle durch Fachoffiziere und Zivilisten, welche von den Offizieren eingeführt werden, erstreckt sich nicht nur auf Augenkontrolle, sondern es wird auch photographiert und versucht, den Arbeitern Fabrikgeheimnisse zu entlocken. Unter Darlegung dieses Tatbestands hat der Reichsminister Erzberger entschieden Protest eingelegt.

**Die Schleswiger wollen nicht abstimmen.**

Schleswig, 29. Mai. (WAB. Nichtamtlich.) In einer großen Versammlung wurde nach einem Vortrag des Generals von Lettow-Vorbeck heute mitag folgende Entscheidung gefaßt: Schleswiger Bürger erheben gegen eine Abstimmung in der dritten Zone energisch Protest, weil sie deutsch sind und deutsch bleiben wollen und es als eine beleidigende Aufforderung zum Landesverrat betrachten, wenn eine solche Abstimmung von ihnen verlangt werde.

**Ententeandung in Danzig?**

Berlin, 31. Mai. Laut Meldung des Berliner Tageblattes aus dem Haag wird aus Newpor gemeldet, die Times teile mit, daß eine Landung amerikanischer Matrosen in Danzig bevorstehe und daß Vorbereitungen für die Durchführung der Friedensbedingungen hinsichtlich Danzigs getroffen worden seien.

**Der Zusammenbruch der deutschen Eisenindustrie.**

Im Jahre 1913 betrug unsere Förderung an Eisenerzen 35,9 Millionen Tonnen. Nach Unterzeichnung der Friedensbedingungen der Entente würde uns nach dem aufgelegten Gebietsverlust nur insgesamt 7,4 Millionen Tonnen als Jahresproduktion verbleiben. Diese Ziffer spricht für sich selbst. Wir werden fast ganz auf die Einfuhr von Erzen angewiesen sein. Die hohen Preise, die vom Ausland dafür gefordert werden, würden uns unfähig machen, die Konkurrenz mit anderen Ländern erfolgreich zu bestehen. Das ist der Zusammenbruch der deutschen Eisenindustrie, durch den auch Hunderttausende von Arbeitern brotlos werden würden. Wie soll es uns dabei möglich sein, die vielen Milliarden zu zahlen und zu verzinsen, die uns die Entente außerdem noch aufzwingen will?

**Straßburg, Alsace, Rue de...**

So sah ich neulich einen Bekannten eine Postkarte adressieren. Und ich habe mir erzählen lassen, daß das durchaus keine Seltenheit sei, daß etwa bei einem Drittel der Briefe aus Deutschland nach dem deutschen Elsaß-Lothringen die Anschrift französisch geschrieben sei. Ein Teil dieser charakterlosen Briefschreiber tut dies aus Stolz, ihr bischen Französisch zeigen zu können; der andere Teil aus Kriecherei gegen die Franzosen, weil sie glauben, daß die Briefe dann sicherer ankommen, obwohl ein solches Verlangen nirgends gestellt worden ist. Die Franzosen haben bis zum Kriegsausbruch fast durchweg ihre Briefanschriften nach dem Elsaß französisch geschrieben; es ist auch hierin den Deutschen vorbehalten, ihre Willkürseligkeit in nationalen Dingen zu zeigen und dabei in gedankenlosiger Weise den Raub von Elsaß-Lothringen zum voraus funktio- nieren.

**Wiederaufleben der Streikbewegung.**

**Generalstreik-Propaganda in Baden.**

Karlsruhe, 20. Mai. Man schreibt uns von besonderer Seite: Nachdem in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten auf das gefährliche Treiben der Kommunisten und ihre fieberhafte Arbeit für die Entfandung neuer Unruhen und eines Generalstreiks im Anschluß an die Entscheidung in der Friedensfrage hingewiesen worden ist, scheint es von besonderem Interesse, feststellen zu können, daß nunmehr auch die Unabhängigen ihre Karten aufzudecken beginnen. Die Mannheimer „Tribüne“ tut dies in ihrer Nummer 70 vom 24. Mai. In einem Artikel, der sich in scharfen Angriffen gegen den Minister des Innern ergeht, wird die Arbeiterschaft offen zum Generalstreik aufgefordert. Es braucht wohl nicht mehr betont zu werden, daß die besonnene und ruhige Arbeiterschaft die Gefährlichkeit dieser systematischen Treiberereien von zwei Seiten klar durchgesehen hat und sich, ohne eine stichhaltige Antwort zu finden, fragt: Warum und wozu ein Generalstreik?

**Streik der Mannheimer Gas- und Elektrizitätsarbeiter.**

Mannheim, 31. Mai. Hier sind gestern Abend die Arbeiter des Gaswerks und des Elektrizitätswerkes in den Ausstand getreten. Für die Gemeindearbeiter wurde erst vor kurzem ein

**Der Tag der Abrechnung.**

21 Nachdruck verboten. „Angenommen!“ sagte Edith, Magnus unbefangen die Hand reichend, die dieser respektvoll küßte; „aber nun schnell ins warme Bettchen mit dir, klein Dorchchen. So, und nun schlaf mein Kindchen, schlafe ein.“

Die letzten Worte hatte sie mehr gesungen wie gesprochen. Ihre Stimme erinnerte an eine silberne Glocke. Klein Dorchens Mutter faltete unwillkürlich die Hände. „Lieber Himmel, erhalte meinen Kindern die Gunst dieser guten Herzen, dann kann es ihnen niemals ganz schlecht gehen!“

Mit freundlichen Worten verabschiedete sich Edith. Der Mann kam nicht zum Vorsteine, er hatte in der Gaststube zu bedienen, ein paar Fuhrleute verlangten Essen und Trinken. Gemeinsam traten die jungen Menschen den Rückweg an. Die Sonne streifte kaum noch die Baumkronen. Es wurde dunkel im Walde.

„Fürchten Sie sich nicht, Baronesse, wenn sie ohne jede Begleitung im Dämmer durch den Forst gehen?“ fragte Vollmer. „Ist wirklich keine Gefahr dabei?“

„Nein, durchaus nicht. Aber trotzdem“, gestand Edith kleinlaut, „Mama darf es nicht wissen, daß ich persönlich zu den Leuten gegangen bin, sie kommt niemals selbst mit den Armen in Verbindung, sondern läßt durch ihre Gesellschafterin Erkundigungen einziehen und richtet sich nach deren Vorschlägen. Ich aber kann mich zu dieser Art des Wohlturns nicht entschließen. Ich gehe selbst und handle nach den empfangenen Eindrücken. Was hätte z. B. der armen Frau Wilke irgendeine gleichgültige Vermittlerin genützt? Wenn ich das Elend der Leute und andererseits ihre Brautheit direkt auf mich einwirken lasse, finde ich auch die rechten Mittel, um zu helfen. Und darauf, daß in der rechten Weise geholfen wird, kommt alles an. Möglichermesse würden die Armen sich durch eine Vermittlerin gedemütigt fühlen, dann wären sie ja doppelt beklagenswert.“

Magnus hatte aufmerksam zugehört. „Diese Anschauung macht Ihrem Herzen alle Ehre, gnädiges Fräulein“, sagte er warm, „aber Vorsicht ist bei der Selbstbetätigung in diesem Falle doch nötig. Wie leicht können Sie in Ihrer Unerfahrenheit das Opfer einer anstreckenden Krankheit werden. Bei den wenigsten dieser Hilfsbedürftigen herrscht die notwendige Sauberkeit. Die Luft in den engen, schlecht gelüfteten Räumen

ist mit Krankheitskeimen angefüllt, und Sie befinden sich in ständiger Lebensgefahr, wenn Sie solche Wohnsitzen aufsuchen.“

Edith lohnte seine Besorgnis mit einem warmen Blick. „Dasselbe sagt auch Mama, und an anderen Orten, besonders in einer größeren Stadt, würde größere Vorsicht nötig sein. Bei unseren Kandidaten jedoch kenne ich mich schon aus. Hier bei den Wilkes herrscht die denkbar größte Sauberkeit, und sie sind für ein gutes Wort mindestens ebenso empfänglich, wie für Geschenke.“

Sie war jetzt wieder auf derselben Stelle angelangt wo sie sich vor einer knappen Stunde getroffen hatten. Die Sonne schien nicht mehr. Grau und farblos, wie ein riesiger Schatten, verschwamm in der Dämmerung das alte Schloß.

Wie aus Verabredung fanden die jungen Leute still. Es mochte beide daselbe bewegen, die Furcht, sich nie wieder zu sehen. Und doch wagte keins von ihnen der Hoffnung auf eine zweite Begegnung Raum zu geben.

Durch die zunehmende Dunkelheit schimmerte dem jungen Manne der schwere Verlobungsring an der Finken der Baronesse entgegen. Den hatte er zu achten.

Das Beste war, er reiste gleich wieder ab und sah Edith von Hochfeld niemals wieder.

Stumm reichten sie sich die Hände. Er beugte sich über Ediths Rechte, die kalt und schwer in der feinen lag; vergeblich suchte er nach einem passenden Wort. Die Rechte war ihm plötzlich wie ausgeblüht. Auch kam es ihm zum Bewußtsein, daß er nichts sagen durfte, was das Herz des holden Mädchens beunruhigen konnte.

Still und nachdenklich gingen sie auseinander.

9. Kapitel.

Als Edith nach Hause kam, gab es Schelte. Diese einfamen Wanderungen durch den Forst hatte die Baronin ihrer Tochter streng verboten, und die Baronesse war im allgemeinen eine gehorsame Tochter; aber vor dem Zwillingsspäzchen in der Waldschänke hatte sie keine Ruhe gehabt, die mühte sie erst bewundern, auf die Gefahr hin, die Mama zu erzürnen.

Sie hütete sich natürlich, von ihrem Besuch etwas zu verraten, bat kleinlaut um Verzeihung, gelobte Besserung und war froh, als Wellnitz kam und die Mama ablenkte.

Auf der Veranda ordnete der Diener geräuschlos den Tisch zum Abendessen. Die Lampe brannte bereits, leise bewegte der Luftzug die Blumen und Ranken.

Edith stand an der Balustrade und schaute sinnend ins Dunkel, aus dem sich Magnus Vollmers Gestalt formte. Greif-

bar deutlich glaubte sie ihn vor sich zu sehen. Er war fremd hier. Wo mochte er den Abend verbringen?

Da legte Wellnitz den Arm um ihre Schultern und bog ihr liebes Gesicht zurück, um sie heiß und innig zu küssen. „Woran dachtest du, Lieb? An unser zukünftiges Heim? Ach, wie sehne ich mich nach dem eigenen Herd, es gibt nicht leicht etwas so unerträgliches wie einen langen Brautstand.“

Erschrakt und verwirrt war Edith zusammengefahren. Sie schloß die Augen und ließ sich küffen, ohne die Liebhosungen wie sonst zu erwiedern. Was war nur mit ihr? Sie empfand es lästlich, daß Fritz sie küßte. In dem Bemühen, den Zwiespalt welcher sie qualte, zu verbergen, war sie hingebender als sonst.

Baron Hochfeld war dem jungen Paare langsam gefolgt. Er hatte dem Postboten soeben einen der großen, gelben Briefumschläge abgenommen, die man in der Familie der Braut bereits fürchtete; sie waren an Wellnitz adressiert und erhielten die abgelehnten Zeichnungen der Erfindungen, mit denen der junge Ingenieur sich abquälte.

Als Wellnitz den großen Brief gewährte, wechselte er die Farbe; kopfschüttelnd nahm er ihn in Empfang.

Auf einen heimlichen Wink ihres Vaters war Edith wieder ins Haus geschlüpft; das junge Herz war ihr so voll, sie setzte sich an den Flügel und sang mit halber Stimme wie aus einem Traum heraus:

Noch ist die schöne blühende Zeit,

Noch sind die Tage der Rosen—

Und dabei dachte sie an Magnus Vollmer.

Baron Hochfeld hatte seinen Arm in den seines zukünftigen Schwiegerjohnes gefochten. „Wir wollen einmal ein erstes Familienlied zerfäst, vermögende Leute arm gemacht hat. Du opferst deine beste Kraft, Zeit und Geld einem Moloch, das kann ich nicht länger mit ansehen. Laß dir an deiner Stelle genügen, mein Junge, oder noch besser, gib die ganze Laufbahn auf — werde Landwirt!“

Wellnitz hatte seinen Schwiegervater ausprechen lassen. „Wenn jeder denken wollte wie du, stände es schlecht um unsere Industrie. Papa! Ich fühle den Arbet in mir, zu verbessern der Menschheit etwas mehr als Durchschnittsarbeit zu leisten, darum darfst du mich doch nicht tadeln! Freilich habe ich mit meinen Erfindungen bisher noch keinen Erfolg erzielt. Das darf mich aber nicht entmutigen. Derselben Meinung ist auch Edith. Sie verstand es noch immer, mich aufzurichten, wenn ich verzagen mochte.“

Tarifvertrag abgeschlossen, der auf ein Jahr Giltigkeit hat. Ungeachtet dieses Vertrages verlangten die Gas- und Elektrizitätswörter eine weitere Erleichterung von 3 Mark täglich.

Der Streik in Mannheim beendet.

Mannheim, 1. Juni. Der Streik im städtischen Gas- und Elektrizitätswerk wurde beendet, nachdem die Stadtverwaltung das Verlangen der Streikenden einer sofortigen Lohnaufbesserung von drei Mark mit rückwirkender Kraft vom 1. Mai ab bewilligt hatte.

W.B. Berlin, 1. Juni. Die Streikbewegung in Paris, die hauptsächlich die Einführung des 8 Stunden Tages und die Erhöhung der Löhne zum Ziel hat, nimmt laut Vorwärts, ständig zu und der kaum beendete Streik der Bankangestellten scheint aufs neue ausbrechen zu wollen.

Kohlengrubenstreik in Pas de Calais.

W.B. Paris, 31. Juni. Wie der „Populaire“ meldet haben gestern 8000 Bergleute im Pas de Calais beschloffen, in den Ausstand zu treten, um Erhöhung ihrer Löhne, Einführung des Achtstundentages und Verbesserung der Altersgrenze durchzusetzen.

Aus der ungarischen Sowjetrepublik.

Was geht in Budapest vor?

W.B. Wien, 31. Mai. Seit über 48 Stunden besteht keine Möglichkeit, eine telefonische Verbindung zwischen Wien und dem ungarischen Gov.-Büro in Budapest zu erhalten. In andere Wiener Amtsstellen sind nicht in der Lage, mit Budapest eine Nachrichtenverbindung zu erhalten.

Ein rumänisches Ultimatum an die Ukraine.

W.B. Wien, 31. Mai. Der ukrainische Pressedienst meldet: Während die Polen mit der Hallerischen Truppen vorrückten, hat Rumänien an die ukrainische Regierung ein Ultimatum gerichtet, worin es die Befreiung des ukrainischen Gebietes von Kolomna und Stanislaw ankündigt und die ukrainische Regierung auffordert, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten.

Die Lage im Osten.

Petersburg von den Bolschewisten geräumt.

Basel, 30. Mai. „Havas“ meldet: Der von Lenin bei Admiral Koltchak nachgesuchte Waffenstillstand wurde abgelehnt und bedingungslos die Uebergabe von Petersburg gefordert. Petersburg wird in größter Hast von den Bolschewisten geräumt.

Kampf zwischen bolschewist. und englischen Kriegsschiffen.

W.B. Amsterdam, 1. Juni. Einer Neutermelung aus Heligoland zufolge sind vorgestern Morgen das bolschewistische Panzerschiff Petro Pawloff und 3 andere bolschewistische Schiffe auf der Höhe von Ingermann Land und westlich von Krasnaworka erschienen und haben die Küste bombardiert.

Große Kundgebungen der Türken.

Konstantinopel, 30. Mai. Der Korrespondent der Times in Konstantinopel meldet, daß am vergangenen Samstag hier große Kundgebungen der Türken gegen die Koströmungsversuche der Entente stattgefunden haben.

Der Aufbruch in Indien.

London, 29. Mai. (W.B.) Reutersmeldung, Kriegsbericht aus Indien vom 25. Mai. Sololabad wurde abermals wirksam mit Bomben besetzt. Ein großer Teil des militärischen Stadtviertels ist ausgebrannt. Die Pulverfabrik und ein Fort von Kambul haben mir gleichfalls beworfen.

Kanada vor der Revolution?

Berlin, 31. Mai. (W.B.) Nichtamtlich. Von der Schweizer Presse veröffentlichte Meldungen des Erzhänge Telegraph weisen darauf hin, daß die kanadischen Behörden über die Fortschritte der Streikbewegung sehr beunruhigt seien.

Baden.

Neubesetzung des Landeskommissariats in Mannheim.

Karlsruhe, 30. Mai. Die Staatsregierung beschloß in ihrer Sitzung vom 28. d. M., die Stelle des Landeskommissars für Mannheim mit einem Politiker zu besetzen. Das Ministerium des Innern hat hierfür den Landtagsabgeordneten und Stadtrat Emil Maier-Heidelberg in Aussicht genommen.

Die Ausgleichszulage an die Staatsbeamten.

Karlsruhe, 31. Mai. Amtlich wird geschrieben: Angeblich ist da und dort im Lande in den Kreisen der Beamenschaft eine gewisse Beunruhigung entstanden, als ob die Regierung beabsichtige die Gewährung einer

Ausgleichszulage an die Beamten, die mit der Erledigung der Tarifvorlage der Eisenbahnarbeiter notwendigerweise verknüpft ist, zu verschleppen. Man beruft sich auf die Erklärungen des Herrn Finanzministers in der badischen Nationalversammlung und gibt der Befürchtung Ausdruck, diese Versprechungen würden nicht gehalten.

Aus Nah und Fern.

# Sinsheim, 2. Juni. (Konzert.) Unsere einheimische Künstlerin, Fräulein Schick, hat uns vergangenen Samstag abend durch die Darbietungen ihrer Kunstschülerinnen eine genussreiche Stunde bereitet.

\* Sinsheim, 2. Juni. (Wahlergebnis.) Bei der gestern hier vorgenommenen Gemeinderatswahl erhielten die Sozialdemokratische Partei 233 Stimmen = 1 Sitz, Zentrumspartei 255 Stimmen = 2 Sitze, Demokratische Partei 497 Stimmen = 3 Sitze, Freie Bürgervereinigung 558 Stimmen = 4 Sitze.

o Sinsheim, 1. Juni. (Ziegenmarkt.) Der alljährliche Ziegenmarkt des Verbandes der Ziegenzüchtervereine des Kreises Heidelberg findet dieses Jahr am 4. Juni, vormittags 8 Uhr in Sinsheim (Stadtweise) statt.

\* Sinsheim, 1. Juni. (Rein Raubüberfall.) Der kürzlich von den drei Kindern der Karl Algieier Witwe von Rohrbach ihrer kranken Mutter überbrachte räuberische Überfall zwischen hier und Rohrbach hat sich alsbald als ein Märchen herausgestellt.

\* Sinsheim, 1. Juni. (Ablieferung von Kartoffeln.) Im Landwirtschaftlichen Wochenblatt werden die Landwirte gebeten, alle verfügbaren Kartoffeln abzuliefern, im Hinblick auf die außerordentlich große Knappheit in den Städten und Industriegemeinden.

\* Sinsheim, 30. Mai. (Schlachthausaufbringung.) Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die Auswahl des in jeder Gemeinde zur Deckung des Fleischbedarfes sicherzustellenden Schlachttieres künftig durch den Milchausgang zu erfolgen habe.

o Hoffenheim, 1. Juni. (Gemeinderatswahl.) Bei der heute stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielt die Liste der Sozialdemokratischen Partei 115 Stimmen = 2 Sitze, die der Demokratischen Partei 130 Stimmen = 2 Sitze und die der Christlichen Volkspartei 212 Stimmen = 4 Sitze.

+ Reichen, 2. Juni. (Gemeinderatswahl.) Bei der gestern stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielt die Liste der Deutsch-Sozialdemokratischen Partei und die der Zentrumspartei mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei 332 Stimmen = 4 Sitze, die Liste der Christlichen Volkspartei 179 Stimmen = 2 Sitze.

\* Bad Rappenau, 29. Mai. Am gestrigen Himmelfahrtsfest nachm. 3 Uhr fand in der hiesigen kirchlich-gesellschaftlichen Kirche das Bezirks-Missions- und Gustav-Adolf-Fest statt. Zahlreich hatten sich die Festteilnehmer aus Nah und Fern eingefunden.

o Bad Rappenau, 30. Mai. (Ortsfestsprechungs.) Das Reichspostamt Berlin hat die Errichtung eines Ortsfestsprechungsnetzes in Bad Rappenau genehmigt. Die Vorarbeiten sind bereits getroffen und wird mit dem Baue im Laufe des Sommers begonnen werden.

o Heidelberg, 30. Mai. (Hauptversammlung der Handelskammer.) Am Mittwoch hielt unter der Leitung des Geh. Kommerzienrats Dr. Schott die Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach ihre Hauptversammlung ab.

Heidelberg, 30. Mai. (Plünderung.) Seit einigen Wochen ist eine große Anzahl aus der Gefangenschaft zurückgekehrter Soldaten verwundet in den hiesigen Kazaletten untergebracht. Dieselben hielten am Mittwoch nachmittags eine Versammlung in der Turnhalle im Klingentelch ab, in der über zu geringe Löhnung Beschwerte erhoben wurde.

Mark begnügen müßten. Auch über ungenügende Versorgung mit Zigaretten wurde geklagt und es als unbillig bezeichnet, daß die Zivilbevölkerung Bezugsmarken für Zigaretten aus Heeresbeständen erhalten habe, während den Verwundeten diese Begünstigung nicht zuteil gemorden sei.

Heidelberg, 30. Mai. Der Zopfabichneider, der schon seit einiger Zeit hier sein Unwesen treibt, hat am Montag abend abermals einem Mädchen die Zöpfe abgeschritten. Der Unbekannte ist verschwunden.

Heidelberg, 31. Mai. (Der Erfolg der Thermalbohrungen.) Die Thermalbohrungen haben, wie wir hören, zu einem vorläufigen Ergebnis geführt, das von sachkundiger Seite als sehr gut bezeichnet wird.

Lauberbachshausen, 30. Mai. (Forderungen des Bauernstandes.) In einer hier abgehaltenen von über 600 Landwirten aus dem Bezirk Lauberbachshausen besuchten Versammlung wurden in drei Entschlüssen die Forderungen des Bauernstandes niedergelegt. In der ersten Entschlüsselung wird die sofortige und völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft bezw. mindestens deren tiefster Abbau verlangt.

o Karlsruhe, 30. Mai. (Heimatscheine.) Nach der Karlsruher Zeitung wurde bestimmt, daß in Zukunft an badische Staatsangehörige, die im Ausland bei feindlichen Firmen oder in neutralen Ländern für das feindliche Ausland arbeiten, wieder Heimatscheine und sonstige Ausweisepapiere erstellt werden können.

o Karlsruhe, 30. Mai. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag wurde, nach der „Badischen Presse“ im Kassenzimmer der hiesigen Garnisonverwaltung mit einem gestohlenen Schlüssel der Kassenschrank geöffnet und dann etwa 1000 Mark in bar und gegen dreiviertel Millionen an Kriegsanleihe gestohlen.

o Staufen, 30. Mai. (Reingefallen.) Wie aus Sulzburg berichtet wird, erschien dort ein Weinaufkäufer aus der Forchheimer Gegend, der 1000 Mark und mehr für den Heftloter zu zahlen versprochen.

(1) Ludwigshafen, 28. Mai. Sprache und Gehör wieder gefunden hat ein 23jähriger Soldat aus Niedermurzbach namens Rabung. Er verlor durch eine Verletzung in Flantern Sprache und Gehör. Er wurde taubstum. Während sich nach einigen Monaten allmählich die Sprache wieder einstellte, verblieb die Taubheit.

o Spenger, 30. Mai. (Zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht der Pfalz verurteilte den 24 Jahre alten Spenger Johann Rheinhard und den 25 Jahre alten Kriegsmatrosen Wilhelm Amberger in Spenger wegen Raubmordes zum Tode.

o Mainz, 30. Mai. (Französische Weinstuben.) In Mainz mieteten Vertreter französischer Weinfirmen mehrere Lokale, in denen das Liter französisches Wein für 2.50 Mark verkauft werden wird.

o Berlin, 28. Mai. (Der Flug über den Dzean.) Das Marine-Kriegsflugzeug „N. C. 4“, Führer Raab, ist gestern nachmittags 10 Uhr 17 Minuten von den Azoren aufgestiegen und abends 8 Uhr in Lissabon ohne Zwischenfall angekommen.

W.B. Brüssel, 1. Juni. (Explosion-Katastrophe.) Bei der Explosion in Heren wurden 6 Personen getötet, 70 schwer und 150 leicht verletzt, 6 Personen werden vermißt.

